

**Bezugspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark.  
Einschließlich Zustellungsgeld. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
amtlich, Zeitungserzeugnisse unter  
Einschaltung eingetragener, für  
unverzüglich abzugeben. Man-  
skripte sind keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Zustimmung der Redaktion.  
Halle, den 18. Dezember 1920.  
Nr. 1133, der Zeitungsbilg. Nr. 1133.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.  
Zwei Zeilen 1,20 Mark, 3 mal 1,80  
4 mal 2,40 Mark, 5 mal 3,00 Mark.  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schlüsselzeile: Halle, Neue Prom-  
nade 1a, Gr. Brauhausstr. 17.  
Halle, Gr. Brauhausstr. 17.  
Halle, Gr. Brauhausstr. 17.  
Halle, Gr. Brauhausstr. 17.  
Halle, Gr. Brauhausstr. 17.

# Laube-Beitrag

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

## Eine Schwentung in Brüssel.

### Bismarcks 3. Band.

Nach vor Weihnachten soll die Entscheidung des Gerichts über den Streit um Bismarcks 3. Band der Gedanken und Erinnerung fallen. Wie der juristische Spruch auch lauten mag, die Kenntnis des wahren Inhalts des Buches wird sich in Deutschland nicht länger verhindern lassen, nachdem das Ausland, namentlich das römische Reich, „Al Tempo“ und die Schweizer „Neue Zürcher Zeitung“, die Schlichter der Verzögerung gerufen hat. In Stuttgart liegen 200.000 Exemplare des Buches fertig zum Versand; sie sind während der Revolution gedruckt worden. 800 Arbeiter, die der unabhängigen Sozialdemokratie angehören, waren bei der Herstellung beschäftigt. Es ist beinahe selbstverständlich, daß bei einer solchen Rezensur das Geheimnis nicht dicht hält, daß Abzüge bereits gemacht worden. Der Verlag Corti will selbst durch die ausländischen Veröffentlichungen übertrifft und an der „Anstalt“ unerschütterlich sein, obwohl vom buchhändlerischen Standpunkt aus die Sache außerordentlich gefährlich eingestuft erscheint. Es ist nämlich, wie ein erfahrener Verleger dem Prospektvertreter des Verlags erklärte, gerade insofern veröffentlicht worden, um die Käufer zu reizen, ohne sie zu betriegen. Zufällig weiß man noch immer nicht den Wert und auch nur eines der wichtigsten Briefe. Wie dem auch sei, die Öffentlichkeit hat jetzt beinahe ein Recht auf Kenntnisnahme der Entwürfe, und somit der Käufer des Buches nicht benachteiligt wird, ist es ganz gleichgültig, ob der Verlag ein Milionengeschäft macht oder den Erlös der Kinderhilfe oder einer anderen wohltätigen Stiftung überläßt. Die Hauptfrage ist jetzt politische Klarheit. Der Vertreter des ehemaligen Kaisers hat im Prospekttermin vom 16. Dezember Ansichten geäußert, die auf Seiten der unparteiischen öffentlichen Meinung nicht unumstritten bleiben dürfen. Er meinte z. B., der Verfasser der Briefe, also der Kaiser, habe ein sittliches Recht auf den Satz, d. h. auf die Unterdrückung. Uns will scheinen, als habe der Kaiser die sittliche Pflicht, nun den anderen Teil hören zu lassen, nachdem ein, Wilhelm II., Brief an den Jaren vom 12. November 1896 bekannt geworden ist, worin er Bismarck einen „unwürdigen Mann mit niedrigem Charakter“ nannte, den aus dem Amt zu schieben er gute Gründe gehabt habe. Der tote Reichskanzler ist der Angeklagte, und man muß ihm Gelegenheit geben, sich auch noch im Grabe seiner Faust zu wehren. Es ist auch noch lange nicht getan, daß die Veröffentlichung des 3. Bismarckbandes für den ehemaligen Kaiser eine moralische Katastrophe bedeutet. Ganz im Gegenteil wird auch in laizierten Kreisen die Ansicht vertreten, daß die Verbreitung des Buches dem Ansehen der Hohenzollern sogar sehr nützlich könne. Es ist heute eigentlich kein Streit mehr darüber, daß Herr Bismarck gehen mußte, weil er nicht mehr imstande war, sich eine Mehrheit im Reichstag zu verschaffen, weil er sich selber in die Sackgasse des Konflikts hineingegeben hatte, weil er keinen anderen Ausweg als den Staatsstreich sah, den er mit der Aufhebung des Reichstagswahlrechts durchführen wollte und für den er den jungen Kaiser nicht gewinnen konnte. Der Kaiser fand den ersten Entschluß in der Entlassung. So angesehen, braucht also die Veröffentlichung des Schlussbandes dem früheren Kaiser wirklich nicht zu schaden. Wenn der Prospektvertreter des Kaisers andeutet, hervorragende Demokraten und Zentrumspolitiker hätten Bedenken gegen die Veröffentlichung geäußert, so sind diese Bedenken längst überholt, seitdem man klarer sieht. Aber auch der behauptete Widerstand auf deutschnationaler Seite trifft nicht mehr zu. In rechtspolitischen Kreisen ist man durchaus nicht mehr der Ansicht, daß der monarchistische Gedanke durch die Veröffentlichung des letzten Bismarckwerkes leide. Vollständig überholt ist es, darauf hinzuweisen, daß der Sohn des Altreichskanzlers, Graf Herbert Bismarck, gegen die Veröffentlichung gewesen sei. Der jüngere Bismarck wollte nur nicht bei Beizeiten die Unannehmlichkeit unermesslicher Tagesläufe auf sich nehmen. Ebenfalls hat Ende Juli 1919 Herr Otto v. Bismarck die Verlagsfirma in einem neuen Vertrag ermächtigt, den 3. Band vor Weihnachten zu veröffentlichen. Der junge Herr wirkte durch Koalitionierung der in Friedrichshagen verwehrt Niederländer im September v. J. an der Drucklegung mit. Erst am 25. November 1919 erfolgte der Einspruch des Kaisers. Dieser Einspruch gegen die Veröffentlichung der Briefe ist nicht ihrer selbst wegen erhoben worden, noch weniger um dem Verfasser das Urheberrecht zu mahnen, sondern in der Absicht, die historische Klärung und die politische Auseinandersetzung zu verhindern. Ueber dieses Hindernis wird aber das Bedürfnis der öffentlichen Meinung nach Klarheit hinweggehen. Dieses Bedürfnis steht höher als alle persönlichen Wünsche und Bedenken.

### Volksparteiliche Katastrophenspolitik.

Die Frage des Reichstags drohte zu einer Regierungskrise zu führen. Die Verhandlungen des Steuerausschusses des Reichstages haben sich von Tag zu Tag schwieriger gestaltet und parteipolitische Konflikte sind in ihnen angeführt. Immerhin war es schließlich gelungen, die Parteien auf einen Kompromiß zu einigen, der die

Annahme des grundlegenden Paragraphen 1 der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen sicherte. Die Gefahren erscheinen also beseitigt. Aber in der Hauptstadt des Ausschusses erörterte der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Helfferich die Vereinarbeitung plötzlich, indem er zur allgemeinen Überlegung einen ganz neuen Antrag einbrachte. Aber das hatte man zur Not noch erwarten können. Folgende Anträge sind nämlich war jedoch die Haltung der Volkspartei, die als Regierungspartei die Vorlage nach erfolgtem Kompromiß hätte bedenken müssen. Der Vertreter der Abgeordnete Becker unterstützte den Helfferichschen Antrag. Wenn auch der § 1 trotzdem mit einer geringen Mehrheit angenommen wurde, so zwang jedoch das Verhalten der Volkspartei die Demokraten zu Stimmenthaltung und das Zentrum zu Reserve. Letzteres wird sich erst im Plenum entscheiden. Man wird das Verhalten der Linken nur billigen können. Vor allem wird man es den Demokraten nicht übel nehmen dürfen, wenn sie unter solchen Umständen nicht daran denken, die Volkspartei von der Verantwortung für das Gesetz zu entlasten und allein mit Zentrum und Sozialdemokratie das Gesetz anzunehmen. Genetische Deutsche Volkspartei nicht ein, so dürften auch die Demokraten die Konsequenzen daraus ziehen und das Ende der gegenwärtigen Koalitionsregierung wäre gekommen. Es scheint aber, als ob das Vorhaben Dr. Beckers von seiner eigenen Partei nicht durchweg gebilligt wird und man rechnet damit, daß die Deutsche Volkspartei dem Druck der beiden anderen Regierungsparteien, den Demokraten und dem Zentrum, nachgeben und dem Reichstagspräsidenten in der vereinigten Form zustimmen wird.

An sich aber ist das Verhalten des Volkspartei ein neuer Beweis einer gewissen politischen Unreife selbst in parlamentarischen Kreisen. Die Differenzen hätten im Untersuchungsausschuss ausgeklärt werden können und müssen. So war die Gefahr einer Kabinettkrise in greifbare Nähe gerückt. Der Reichsfinanzminister Dr. Birtz meinte, daß durch dieses Auseinanderfallen der Regierungsparteien eine ganz neue Sachlage geschaffen sei und er sich genötigt sehe, sofort dem Reichsfinanzminister Bericht zu erstatten. Ebenfalls sei die Situation für die Koalitionsregierung unmöglich. Damit war das Stichwort einer Kabinettkrise gefallen. Während das Plenum in dieser Zeit nur wenig besetzt war, wurden die Abgeordneten rasch, zum Teil telefonisch, herbeigerufen, um zur Krise Stellung zu nehmen.

Um 1/2 Uhr trat der interfraktionelle Ausschuh zusammen, um die Möglichkeit einer Verständigung anzubahnen. Nach fast sechs stündigen Verhandlungen wurde schließlich ein vorläufiger Verständigung gefunden. Dem Reichstagspräsidenten hatte keine Unklarheit darüber gelassen, daß es für ihn keine Birtz-Krise gäbe, sondern daß für den Fall der Nichterreichung des Kompromißes zu rücken würde. Die Krise kann nunmehr als beseitigt gelten. In der heutigen Sitzung des Reichstages wird ein neuer Antrag der Regierungsparteien zum Reichstagspräsidenten eingebracht werden.

### Die Verhandlungen des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuh des Reichstages behandelte am Freitag die vom Untersuchungsausschuh vorgelegte Formulierung des § 1 des Reichstagsgesetzes und nahm dann mit geringer Mehrheit den § 1 in folgender Fassung an: § 1. Der Reichstag beschließt, den § 1 des Gesetzes über das Reichstagsgesetz vom 31. Dezember 1919, Reichsgesetzblatt Seite 2180) ist, soweit es 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe beschleunigt zu entrichten. Die Abgabe ist bis zur Höhe eines Drittels zu zahlen in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März und am 1. November 1921, der übrige Teil (bis zu 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens) ist zu zahlen bis zum 1. Mai 1922.

Im Steuerbescheid am 1. Februar 1921 noch nicht gestellt, so ist die erste Teilzahlung am Schluß des auf die Zustellung folgenden Monats fällig, die zweite sechs Monate später, jedoch nicht vor dem 1. November 1921 und die dritte weitere sechs Monate nach der Fälligkeit der zweiten Rate. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, soweit der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die beschleunigte Entziehung der Abgabe die Entziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals oder d. h. die Beeinträchtigung des angemessenen Unterhalts für ihn oder seine Familie zur Folge haben würde. In diesem Falle kann auch die Zahlung in den im Gesetz über die Reichstagsgesetz vorgesehenen Teilbeträgen bewilligt werden.

Somit Einspruch erhoben wird, ist auf Antrag die Entziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchsbekandes auszusetzen.

Die Vorschriften über die zinslose Stundung des Abgabe zum Ausgleich von Härten im § 27 des Gesetzes über das Reichstagsgesetz bleiben unberührt.

Im Hinblick darauf, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gegen den § 1 gestimmt und die Demokraten sich der Abstimmung enthalten hatten, erklärte Reichsfinanzminister Dr. Birtz, daß er dem Reichsfinanzminister über die Haltung der Regierungsparteien sofort Bericht erstatten werde und daß die heute jutage getretene Lage als eine für die Regierung unangenehme zu bezeichnen sei. Die Abstimmung der Deutschen Volkspartei und die Stimmenthaltung der Demokraten gab dem Zentrum Veranlassung, sich die Stellung im Plenum vorzubehalten.

Die vom Steuerausschuh beschlossene Fassung unterscheidet sich von derjenigen der Regierungsvorlage besonders dadurch, daß die Zahlungsfrist für das beschleunigte Kontingent hinauszugeschieben werden. Die beiden Teilbeträge sind bis zur Höhe eines Drittels der Gesamtsumme in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März und am 1. September 1921 zu zahlen (nach der Vorlage am 1. Februar und am 1. August). Der zweite Teil des Vermögens mehr als ein Drittel der Abgabe, so ist der überbleibende Teil bis zum 1. Mai 1922 zu zahlen, eine Verzinsung, die die Regierungsvorlage nicht kannte. Die Härtebestimmung ist ein fester und weiter gefaßt worden als in der Regierungsvorlage. Eine weitere, sehr wichtige Änderung besteht darin, daß, soweit Einspruch erhoben wird, auf Antrag die Entziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchsbekandes auszusetzen ist. Der Reichstagspräsident sollte die Abgabe ohne Berücksichtigung des Einspruchs vollständig eingezogen werden können.

### Das Pensionergänzungsgesetz

beschäftigte geklärt den Haushaltsausschuh des Reichstages. Der demokratische Abgeordnete Delius berichtete über die Beratungen des Untersuchungsausschusses. Danach ist die grundsätzliche Gleichstellung zwischen Alt- und Neupensionären hergestellt. Eine schärfere Debatte entwickelte sich über die Frage, ob und bei welchem Einkommen der Zuschuh gekürzt werden soll. Der Sozialdemokrat Wolff will die Kürzung schon bei 10.000 Mark eintreten lassen (statt bei 16.000 Mark), während Volksparteier und Deutschnationaler sich gegen die Kürzung wenden und sie als verfassungswidrig bezeichnen. Der Abg. Delius führte dagegen aus: In der Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre muß festgehalten werden. Die Kürzung des Zuschuhes bei Pensionen über 16.000 Mark ist erträglich. Härten würden sich bei jeder Regelung ergeben. In wohlgeordnete Rechte erfolgt kein Eingriff. Selbstverständlich mußte eine Novelle zum Reichsbeamtenengesetz eine entsprechende Regelung für die Neupensionäre bringen. Er bringt einen Antrag ein, nach dem innerhalb sechs Monaten Novellen zu den Ruhegehaltsgesetzen vorzulegen sind, wodurch ein Teil des reichsrechtlich festgestellten Einkommens auf die Ruhegehaltsgesetze angerechnet werden soll. Bei der Abstimmung stimmen die Deutschnationalen, die Volkspartei gegen die Festsetzung einer Grenze, bei der der Zuschuh gekürzt werden soll. Der Antrag der Demokraten wird abgelehnt und der Paragraph in der Fassung des Untersuchungsausschusses angenommen. Der Haushaltsausschuh vertrat sich darauf bis zum 7. Januar, er wird dann den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums aufnehmen.

### Prozeß Erzberger-Helfferich.

Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts begann, wie gemeldet, die Revisionsverhandlung im Prozeß Erzberger gegen Helfferich. Die Reklamation des Urteils der Vorinstanz nimmt zwei Stunden in Anspruch. Hieraus nimmt der Vertreter Erzbergers, Justizrat Dr. Bönenstein, das Wort. Er fährt aus, das Urteil beruhe auf einer Reihe wesentlicher Revisionsgründe, die das Endurteil in ungenügender Weise zurückzuführen habe. Die Reklamation des Urteils habe dem Reklamenten eine Reihe ehrenrühriger Vorwürfe, die zeitlich weit auseinanderliegen und inhaltlich keinerlei Zusammenhang hätten, gemacht. Gleichwohl habe das Gericht in allen diesen über einen Zeitraum von mehr als einem Monat sich erfindenden Verfügungen der Mithatung nur eine einzige fortgesetzte Beleidigung des Reklamenten erblickt und nur wegen ihrer einheitlichen Handlung eine Strafe eintreten lassen, die zweifellos viel härter ausgefallen sein würde, wenn das Gericht entsprechend der wirklichen Reklamation mehrere strafbare Handlungen angenommen hätte. In engem Zusammenhang mit diesem grundlegenden Revisionsgrund freize die Behandlung der Erklärung des Reklamenten vom 8. März, wonach die mit politischen Vorwürfen zusammenhängenden Beleidigungen nicht zum Gegenstand der Verhandlung und Urteilsscheidung gemacht werden sollen. Die gerichtlichen Erörterungen der in Frage stehenden politischen Ereignisse wichtiger vaterländischer Interessen auf schwerer geladener Bahn würden, so habe der Reklament auf Verletzung des Angeklagten wegen der damit verbundenen Beleidigung verzichtet. Der Angeklagte erwiderte diesem Bericht in einem Brief vom 12. März, der Strafantrag sei den Angeklagten ausgedehnt, daß der Wille des Reklamenten auf Ausheilung dieser Beleidigung auf dem Straf

antrag gerichtet war, wess er die vom Vorsitzenden des Reichstages geäußerten Gesichtspunkte, daß der Antrag unter seinen Umständen aus diesem Projekt abzuleiten gegen Deutschland geltend gemacht werden dürfte, anerkannte. Würde daher die Mehrheit des Reichstages, daß eine fortgesetzte Verhandlung vorläge, zustimmen, dann könnte natürlich aus jenem Projekt der Reichstages die Zurücknahme des Straftrahns gefolgt werden. Da aber eine Mehrheit fortgesetzter Verhandlungen vorliegt, so beschränkt sich der Reichstag der Reichstages nur auf diejenigen Straftaten, durch deren öffentliche Verurteilungen vaterländische Interessen gefährdet werden können. Welche Fälle dies seien, könne nur auf Grund erneuter Verhandlungen festgestellt werden. Das angelegte Urteil unterliegt aber auch im wesentlichen der Aufhebung, wobei im Gegensatz zu der gesetzlichen Bestimmung zum Gegenstand der Urteilsbildung nicht die den Gegenstand der Angelegenheit bildenden Beweismittel, sondern eine Reihe von Behauptungen, die erst in der Hauptverhandlung vom Angeklagten aufgestellt worden sind. Aber abgesehen hiervon haben sich das Urteil in der überlebenden Mehrzahl der von ihm erzielten Einzelsätze insbesondere hinsichtlich der schwerwiegenden Beweismittel, das namentlich der Reichstages in der großen Schlußsitzung des deutschen Reiches, namentlich in der Frage der Kriegs- und Friedenssicherheit, seine Stellungnahme von einem geschäftlichen Interesse des öffentlichen Lebens abhängig gemacht habe, den vom Angeklagten angeregten Wahrscheinlichkeiten für nicht gefahrt gesehen. Soweit aber der Reichstag den Vorwurf des parlamentarisch-politischen Geschäftsmachers als abzuweisen beabsichtigt, so beruht dieses auf einer Verkennung des inneren Wesens dieses Vorwurfs.

### Vor der Verabschiedung des deutschen Botschafters in Rom.

Vor einigen Tagen waren die Tiroler Christlich-Sozialen unter Führung des Innsbrucker deutschen Konsuls in Berlin, um dem Minister Simons, dem Reichsfinanzler und den Abgeordneten Trimborn und Stresemann persönlich den Eindruck über die entmutigende Wirkung zu übermitteln, die die Rede des Ministers Simons und der Brief des deutschen Botschafters in Rom, von dem Reichsbürgermeister Goslar über Südtirol in der Tiroler Bevölkerung hervorgerufen hat. In dem Bericht, den die Abordnung nunmehr veröffentlicht, wird u. a. ausgeführt:

Sowohl der Minister als auch der Reichsfinanzler erklärten sich mit dem Vorgehen des Botschafters keineswegs einverstanden. Der Minister betonte insbesondere, daß er bereit sei, aus dem Vorfall die Konsequenzen zu ziehen. Ebenso erklärten die Vertreter der beiden Parteien, daß sie den Botschafters nicht unterstützen würden, falls er sich in seine Abberufung einkomme. Der Minister legte, er habe keine Rede ohne Konzept gehalten und an der Verurteilung der Tiroler Bevölkerung trage nur ein Mißverständnis der Berichtserstattung die Schuld.

Im übrigen drehte sich die Unterredung um den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich, wobei der Reichsfinanzler und Abgeordneter Trimborn erklärten, sie beständen auf dem grundsätzlichen Standpunkt und betrachteten den Anschluß als eine historische Notwendigkeit. Die Zentrumspartei unterstützte keineswegs, wie teilweise angenommen werde, jene Kreise in Österreich, die auf eine den autonomen Konföderation hinabzuträfen. Die katholische Sache wurde durch den Anschluß und die Bildung eines großen Reiches große Vorteile haben. Auch der Reichsfinanzler sah dies ein und sah aus diesen Gründen den Anschlußbewegung sehr sympatisch gegenüber.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Sonntag, den 19. Dezember. Inhalt: Sophomeres Räuber. Roman von Fritz Ganser. — Die verurteilte Feuerwehrbrüder. Gedicht. — Der Jagd im Irkan. Von Eugen Schmidt. — Bunte Welt. — Rätsel.

### Mommens Autogramm.

Von Julius Nicolaus Weisfert.

(Nachdruck verboten.)

Mein Freund Georg wollte sich eine Sammlung von Autogrammen zulegen. Ich fand das sehr nett und sagte daher denselben Entschluß. Wir wollten nun die Sache gemeinsam machen, und da er sich mehr für Kunst, ich mich hingegen mehr für die Wissenschaften interessierte, beschaffte ich die glanzvollsten Exemplare des Kunsthandbuchs für seine Kopie zu gewinnen, während ich mich auf die Leuchttürme der Wissenschaft stützen wollte. Also: getrennt marschieren, vereint kämpfen!

Wir waren damals — die Geschichte ist rund dreißig Jahre her — Buchhandlungslehre in einer Universitätsstadt (mit fünfzehn Mark monatlicher Stationsvergütung, die sich nach dem ersten Lehrjahre auf zwanzig Mark erhöhen sollte) und wußten, welche „Kulturträger“ für uns in Frage kamen.

Die ersten Briefe gingen ab. Dem „hochverehrten Herrn Geheimrat“ (wer zu diesem unfehlbaren Kriterium wissenschaftlicher Bedeutung noch nicht emporgestiegen war, wies von uns unabsehbar) oder dem „hochverehrten Meister“ wurde in wohlgeleiteter Worten berichtet, daß man mit Bewunderung von ihm Notiz genommen habe — wobei jeder einzelne Fall „individuell“ behandelt wurde, indem wir ein Bildwerk, eine Büchereizelle oder ein Buch benannten und daß man sich glücklich schätzen würde, von ihm etwas Schriftliches zu haben; und wenn es auch nur (!) der Namenszug wäre. Dann: „in vorzüglicher Ausstattung“ (wobei die Namenstafel, Namensunterchrift (wobei der Stand bescheiden veranschlagt wurde) — fertig! Briefbogen, Umschlag mit Adresse und Porto für die Antwort wurden nicht vergessen. Und wenn dann das Ganze im Postkasten lag, freuten wir uns im Voraus wie die Schneeflocke auf den unaussprechlichen Erfolg.

Aber Tag um Tag verzerrt, und jeder brachte Enttäuschungen. Mein Freund Georg erwarb bereits erstklassigen Plan, das Fraulien aus der Musikalienabteilung mit zwei Tafeln Autogrammhohle an der Sache zu interessieren und sie um die Vergabe ihres Namens zu bitten, da er sich von einer weiblichen Unterschrift einen größeren Eindruck auf das Gemüt der Adressaten verbot. Ich Anstandslos bewilligte das damals noch in Betracht des vorgezogenen Lebensalters der meisten Beziehtungen. Dem Wichtigen ist ja schon der Mann von vierzig Jahren ein Kummelgras.

### Die Rede Bergmanns in Brüssel.

Sowohl die Rede des Staatssekretärs Schröder, wie die spätere des Reichsfinanzpräsidenten Hanenkei waren rein tatsächliche-beziehend gehalten. Dagegen bildet die Rede des Staatssekretärs Bergmann einen vollkommenen und ohne Zweifel wichtigen Gegenstand. Sie enthält die deutsche Auffassung über die Lage der Dinge in Belgien, die Initiative für die deutsche Delegation ergreifen hat, indem sie sich zur Frage der Wiederherstellung programmatisch äußerte, ist im weiteren Verlauf der Sitzung durchaus nicht zurückgewiesen, sondern aufgegriffen worden. Es wird die Delegation über die wesentlichen Themen, die der deutschen Delegation vom Sekretär der Konferenz überredet worden sind, fortgesetzt werden. Es handelt sich dabei aber auch um die anstehenden Probleme, die in die Zukunft weisen, zum Beispiel, wie Deutschland sich die Konföderation seines ungeordneten Notensystems denkt. Aber außerdem findet auch eine Konferenz der alliierten Delegierten über die Vorschläge Bergmanns statt. Die natürliche Einheit zwischen den Fragen der tatsächlichen Lage und der Leistungsfähigkeit Deutschlands und den Fragen des Weges der Wiederherstellung sollen also doch erhalten bleiben. Diese künstliche Trennung, die ursprünglich beabsichtigt wurde, würde ein wirkliches Zusammenarbeiten Deutschlands mit den Alliierten für die Erzielung wirtschaftlicher Resultate in der Wiederherstellungsfrage außer Achtlassen, in unumkehrbarer Weise die Initiative für die deutsche Delegation einer bestimmten Gesamtkonferenz kann unter diesen Umständen in der Arbeitserstellung der Konferenz gezogen werden. Das scheint die Engländer zu wünschen. Deutlich ist jedenfalls, daß Frankreich bereit ist, eine Entschädigung in Form von Güterlieferungen in Betracht zu ziehen, die auf eine Konföderation der beiderseitigen Wirtschaftssysteme hinauslaufen würde. Die auch unter politischen und nationalen Gesichtspunkten so wichtige Frage, ob Deutschland auch eine Entschädigung in Gold leisten kann, hat Bergmann durchaus bejahend beantwortet, indem er sich zugleich in direkte Verbindung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts unseres Budgets und der Gewährung einer internationalen Anleihe zur Hebung und gleichzeitigen Stabilisierung unserer Valuta gefaßt hat. Wenn man diese beiden Notwendigkeiten erfüllt, so könne Deutschland nicht nur liefern, sondern auch bezahlen. Auf der Veranlassung hat man sich das noch einmal betonen lassen. Zum Problem der Gewährung des deutschen Finanzanschlusses hat Bergmann vorläufig die einzelnen Sachverhältnisse zu hören, um daraufhin, von welchen Umständen auf den einzelnen einflussreichen Gebieten diese Gewährung nach Ansicht der deutschen Regierung abhängt, respektive welche Umstände sie verhindern.

Aus Brüssel wird dem „Normal“ gemeldet, daß Frankreich bereit ist, mit Deutschland direkt zu diskutieren.

### Vom Völkerverbund.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Völkerverbundversammlung wurde bei der Beratung des Budgets des Völkerverbundes, sowie des Kommissionsberichts über die Mittelung der Kosten auf die einzelnen Mitglieder die Höhe der Gehälter bemängelt. Das Gehalt des Generalsekretärs mit 200 000 Franken in Gold liegt in keinem Verhältnis zu den Einkünften in den einzelnen Staaten. In London, England wie Deutschland sind die Gehälter der Mitglieder der Kommission angemessen, in der Schweiz allerdings wurde das Budget des Völkerverbundes mit 2 Millionen Mark für 1921 gleich-

Da brachte meinem Freunde eines Tages der Postbote gleich zwei Antworten ins Haus: Daß der Reichsminister sein Namenszug, Wilhelm Büchler sogar eine mit seiner Unterschrift versehene Zeichnung, die einen kleinen, auf der Erdkugel tangenden Bajazzo darstellte.

Mein Freund Georg triumpierte, und die Schokolade für das Musikalienräublein wurde vom Etat abgesetzt! Ich aber warnte vergebens. Weber Birchow noch Robert Koch, weder Weisheit noch Schmolter, weder Harnack noch Saebel, weder Engel noch Treiliche würdigten mich eines Federstrichs. Und dabei die hohen Portofolien! Da konnte man schon den Mut verlieren.

Nein, so konnte das nicht weitergehen, auf keinen Fall! Die Sache mußte anders angedacht werden. Und ein geschwatztes Kolombusei der Berrudtheit begann in meinem Hirn zu reifen!

Von jenem Tage ab wurden nur noch mit Rückantwort versehenen Postkarten abgehandelt, auf denen ganz lässig und geschäftsmäßig etwa folgendes zu lesen war:

„Geh! geh! Herr Professor, darf ich Sie bitten, mitzutheilen, wo sich genaumäßig Ihr Brief „Wohnung auf dem Pit von Teneriffa“ (oder wie ich sonst gerade sich) befindet?“ Der Herr Geheimrat aber wurde gefragt, wann eine neue Auflage seiner „Geschichte des lateinischen Flussquamparfaits“ (oder was er sonst geschrieben hatte) zu erwarten sei. Die Verlagsbuchhandlung habe — und nun kommt die internatistische aller Schönheitsfäden — eine „bessere“ Anfrage lieber unbeantwortet gelassen!

Der Erfolg war überwältigend, es regnete förmlich Autogramme.

Nur Theodor Mommsen wollte gar nichts von sich hören lassen. Das tat mir leid, denn obwohl ich mit Berlin den fähigsten hatte, daß er nicht Geheimrat war, schätzte ich ihn. Da ich ihn aus Berlin ein Schreiben der Weidmannschen Verlagsbuchhandlung vor, die mich „im Auftrage des Herrn Professor Mommsen“ höflich mitteilte, daß voraussetzlich im Herbst eine neue Auflage des dritten Bandes der „Römischen Geschichte“ herauskommen werde. Man bedauere aufrichtig, daß meine Anfrage unbeantwortet geblieben sei, es läge da offenbar eine höchst peinliche Unterlassung vor, die ich in Zukunft nicht wiederholen werde. Und ob man mir nach Erscheinen der neuen Auflage den Band umgehend übersenden dürfe? —

Ich habe die Verlagsbuchhandlung mit Mommsen nicht weitergefragt. Mein Autogrammsammlung machte mir nun, da ob seine rechte Freude mehr; ich schenkte sie meinem bisherigen Colitur. Er hat, auf meinem Kolombusei reitend, noch manches Künstlerautogramm ergattert. Und als ich nach einigen Monaten gegen Nachfrage den dritten Band von Mommsens römischer Geschichte erhalten hatte, da hat er ihn gelesen. Ich tat es nicht, und heute noch kann ich nur mit gemischten Gefühlen an der Weidmannschen Buchhandlung vorbeiziehen.

voll angenommen. Zum Schluß wurde dem Antrag der Kommission, förmliche Mitglieder der fünf neuangewählten Staaten an der morgigen Sitzung teilzunehmen zu lassen, zugestimmt.

### Der internationale Gerichtshof.

Das Protokoll über den internationalen Gerichtshof unterzeichneten gestern Belgien, Griechenland, Norwegen, Schweden, Japan, Brasilien, Uruguay, Kuba, Portugal ist der einzige Staat, der bisher auch gleichzeitig den obligatorischen Charakter des Gerichtshofes für die verschiedenen vorgelegten Fälle anerkannt hat.

### Deutsches Reich.

Der Zentral-Verein für deutsche Binnen-Schifffahrt hielt am Mittwoch, den 15. Dezember, 5 Uhr nachmittags, in großen Plenarsitzungsal der Börse zu Berlin eine Sitzung seines Großen Ausschusses ab. Es wurde eine Entschädigung gefordert, durch welche der Zentral-Verein seiner Beteiligung an der Kommission vorzuziehen über den Mitteldeutschen einstimmt angenommen hat. Dann hielt Professor Dr. E. Tiesch (Professor an der Handelshochschule Berlin) einen eindrucksvollen Richtervortrag über die Bedeutung des Massenunternehmens als Element und Binnenwasserstraßen. Die Verlebenspolitik müsse darauf gerichtet sein, auch den Binnenwasserstraßen die ihrer Wichtigkeit und Bedeutung entsprechende notwendige Entwicklung zu sichern. Die verkehrsgeographisch-wissenschaftlich hochbedeutenden Ausführungen wurden von der Versammlung, an der auch zahlreiche Vertreter der Ministerien des Reiches und Preußens teilnahmen, mit großem Beifall aufgenommen.

Der lässliche Landtag nahm in der heutigen Sitzung der Gelehrtenrat über die Aufhebung sächsischer Sonderlegierung, und zwar des Hohen Neujahr und des Frühjahrs-Lichttages an. Ein Antrag Wagner (Dn.), wenigstens den Frühjahrs-Lichttag weiterbestehen zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Landesverband Sachsen-Thüringen des Deutschen Oldbundes (Sächsisch-Thüringischer O. B.) übernimmt alle Rechte und Pflichten des Reichsverbandes Sächsisch-Thüringischer O. B. in Berlin und des Deutschen Heimatbundes Wiener Pflichten O. B. in Frankfurt a. M. Der Bund vertritt die wirtschaftlichen und kulturellen Anliegen der sächsischen und thüringischen großen Interessengemeinschaft ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses. Alle geschiedenen, vertieften und abgemanderten Ostmarken werden als zusammenfassend und kulturellen Gründen für das Ostmarkenbündnis eintraten. Der Bund will die Verbindung der Ostmärkte mit der alten Heimat aufrechterhalten, ihnen mit Rat und Tat beistehen, die in das deutsche Wirtschaftsleben wieder einleihen und ihnen nötigenfalls zu einem neuen selbständigen Wirkungsbereich versehen. Er wird darauf hinwirken, daß den unter fremder Herrschaft lebenden Deutschen in diesen eine ihrer Ziele, wirtschaftlichen und kulturellen Bestehen entsprechende Stellung, unter Ausschluß jeder Ausnahmeregulierung, gesichert wird.

Der Berliner Stadterordneten-Ausschuß, der die Oberbürgermeisterwahl vorbereiten soll, hat gestern eine Abstimmung vorgenommen, bei der der bürgerliche Kandidat der Berliner Stadterordnetenversammlung Boß 12 Stimmen, der unabhängige Stadterordnetenversammlung Weß 10 Stimmen erhielt.

In einer großen Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin wurde gegen die Salbung des Deutschen Reichsbundes in der Frage der Teuerungsfolgen sächsischer Posten und die Bildung einer Reichspostbeamten-Gesellschaft

### Progression.

Von Hans Bauer.

(Nachdruck verboten.)

Am Abhang eines Weinberges blühten in jedem neuen März Weizen. Diese Weizen waren sehr schönste Weizen. Wiegen sie sofort im Frühjahrsland, bekümmerten sich im Augustan und waren der besten Lebensgrundlage, daß sie der Ernte des ganzen Jahres fähig. In diesem Bewußtsein fanden sie es unerlässlich, daß die schönsten, dreißigjährigen Weizen, die sich mit ihnen noch so gar nicht vergleichen konnten, einen so breiten Vortag wogehmen durften. Ausrotten hätte man das Zeug sollen nach ihrer Meinung.

Als sich die Märzweizen gerade wieder einmal festig über die Arroganz der höchsten Weizenidee entließen, (sag quälend ein Spaz über sie weg, hörte ihr Geleise mit an, lächelte, glitt dann mitten unter die Weizen und jagte: Ihr bunnen Blumen! Was müßt denn ihr vom Leben! Ihr gußt im März aus dem Boden, gebabt euch sehr, lebt ein paar Wochen dahin und denkt, was während eures Lebensanmens nicht blüht, mit dem ist überhaupt nichts los. Allerdings: im März ist nicht viel an den Weizenblühen. Aber im September, wenn niemand mehr an euch denkt; da lolltet ihr einmal ihre gelbten Blätter und ihre Trauben sehen! In einem, ihr tanzigen Geleise, müßt ich euch allerdings ledt geben; dort, links am Abhang, da stehen ein paar Stüde, die auch im Herbst nicht blühen. Ich liege nun schon vierzehn Monate in dieser Geduld herum und niemals noch habe ich Trauben oder Blätter an ihnen gesehen. Wenn sie einmal ausgerottet würden, dann hätte ich allerdings auch nichts dagegen; denn diese Stüde sind wirklich Schwarzrotter.

Da kamen viele Menschen daher geländert und gingen, ins Gespräch vertieft, auf die Schmarotzer zu. Vor ihnen blühen sie sehen und der ältere Mann sagte nun zu dem jüngeren: „Diese Stüde sind mein besonderer Stolz. Sie sind eine bessere, reifenblühende Sorte, die zwar aller drei Jahre nur Frucht trägt, aber denn besonders fröhliche, süße.“ Und dann gingen die beiden weiter, und nachdem das Gespräch von vorn wieder auf „Nein, nein“, hörten es die Märzweizen und der Sperling gerade noch aus dem Munde des Jüngeren zu sich herüberhören, „am guten Alten in Treue halten! Denken Sie, wieviel besser früher alles war! Es ist nichts mit diesen neumodigen Gedanken, feiner noch hat seine Daseinsberechtigung erwiesen...“

Geheimrat Karl Robert, der hervorragende Archäologe der Universität Halle, hat „Die Wägel des Writobanones“ in Deutsche überetzt. Es ist noch nicht bekannt, wo viele neue Uebersetzung zur ersten Auflage gelangt. Das Werk ist im Verlag der Weidmannschen Buchhandlung erschienen.